

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. April 1997

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Altmann, Gila (Aurich) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 24	Dr. Leonhard, Elke (SPD)	30, 31
Antretter, Robert (SPD)	4, 5	Lüth, Heidemarie (PDS)	2, 3
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33	Rehbock-Zureich, Karin (SPD)	20
Erler, Gernot (SPD)	28, 29	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	12, 13
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	6, 7	Schmidt-Zadel, Regina (SPD)	10, 11
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	26, 27	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	14, 15
Kohn, Roland (F.D.P.)	25	Sorge, Wieland (SPD)	16, 17
Kubatschka, Horst (SPD)	21, 22	Wallow, Hans (SPD)	8, 9
Kunick, Konrad (SPD)	18, 19	Weiermann, Wolfgang (SPD)	1

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	7

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

- | | |
|---|--|
| 1. Abgeordneter
Wolfgang
Weiermann
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die benötigten und gebotenen ausreichenden Mittel für die Förderung lernbehinderter Schüler nach dem Arbeitsförderungs-Reformgesetz (AFRG) ab 1. April 1997 tatsächlich zu diesem Zweck zur Verfügung stehen? |
| 2. Abgeordnete
Heidemarie
Lüth
(PDS) | Unter welcher gesetzlichen Regelung werden ältere jüdische Menschen, die aus Rußland nach Deutschland kommen, als Sozialhilfeempfänger eingestuft, ohne wie Spätaussiedler eine Rente zu erhalten? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

- | | |
|---|--|
| 3. Abgeordnete
Heidemarie
Lüth
(PDS) | Wie errechnet sich das Einkommen von Seniorinnen und Senioren in Pflegeheimen? |
|---|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

- | | |
|---|---|
| 4. Abgeordneter
Robert
Antretter
(SPD) | Welche rechtliche Verbindlichkeit haben Erläuterungen zu internationalen Vereinbarungen, in Sonderheit der „Erläuternde Bericht zum Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin“ des Europarats? |
| 5. Abgeordneter
Robert
Antretter
(SPD) | Stellt der unter Frage 4 erwähnte „Erläuternde Bericht“ im Falle einer rechtlichen Interpretationsunsicherheit des Konventionstextes die abschließende Grundlage für die Beurteilung eines entsprechenden Artikels der Konvention dar? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

6. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die im zunehmenden Maße eingerichteten Firmenpools der Industrie- und Handelskammern, die insbesondere mittelständischen deutschen Unternehmen den Markteintritt im Ausland erleichtern sollen?
7. Abgeordneter
**Erich G.
Fritz**
(CDU/CSU)
- In welcher Weise haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung auswärtige Vertretungen und Außenhandelskammern auf diese neue Form der Markterschließung mittelständischer Unternehmen eingerichtet?
8. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Welche Personalbewegungen hat es in 1996 bei der OECD im höheren Dienst hinsichtlich des deutschen Personals gegeben (Einstellungen/Ausscheiden), und wie schlüsselt sich das Gesamtbild der Personalbewegungen im höheren Dienst der OECD im Jahre 1996 nach Herkunftsländern auf?
9. Abgeordneter
**Hans
Wallow**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Personalbewegungen in 1996 im höheren Dienst bei der OECD dem von ihr in der Antwort auf meine Fragen 35, 36 in Drucksache 13/5566 angeführten Ratsbeschluß über Maßnahmen zur Verstärkung der „Nationalen und kulturellen Vielfalt im OECD-Sekretariat“ ausreichend Rechnung tragen, und kann die Bundesregierung Aussagen darüber machen, wie viele Deutsche im höheren Dienst der OECD im Jahre 1997 die Altersgrenze oder das Ende ihrer zeitlich begrenzten Verträge erreichen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

10. Abgeordnete
**Regina
Schmidt-Zadel**
(SPD)
- Aufgrund welcher Bedarfszahlen plant die Bundesregierung derzeit die Versorgung mit ambulanter Psychotherapie – außer den Zahlen, die die Kassenärztliche Bundesvereinigung angibt?

- | | |
|---|---|
| 11. Abgeordnete
Regina
Schmidt-Zadel
(SPD) | Wie viele Patienten befinden sich derzeit in psychotherapeutischer Behandlung im Verhältnis zu Personen auf Wartelisten unter Angabe von deren Wartezeiten? |
| 12. Abgeordneter
Horst
Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD) | Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, so daß vor dem Hintergrund des Urteils des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 23. Oktober 1996 (AZ L 11 Ka 19/95) im Rechtsstreit zwischen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung und der Techniker-Krankenkasse zur Rechtmäßigkeit der sog. „Techniker-Krankenkassen-Regelung“ die psychotherapeutische Versorgung auf qualitativ hohem Niveau, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der quantitativen Versorgung, sichergestellt wird? |
| 13. Abgeordneter
Horst
Schmidbauer
(Nürnberg)
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung gegen die in der Folge des Urteils des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 23. Oktober 1996 eingetretene Reduzierung von Therapiemöglichkeiten zu tun? |
| 14. Abgeordnete
Dr. Angelica
Schwall-Düren
(SPD) | Wann wird die Bundesregierung einen Entwurf für ein Psychotherapeutengesetz vorlegen, das sowohl einen berufsrechtlichen als auch einen sozialrechtlichen Teil, der auch gegenüber dem Bundesrat zustimmungspflichtig wäre, enthält? |
| 15. Abgeordnete
Dr. Angelica
Schwall-Düren
(SPD) | Durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung ihre bisherige Auffassung umsetzen, im Wege eines Psychotherapeutengesetzes eine Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung der Bevölkerung durch Einbeziehung der bereits in der Kostenerstattung qualifiziert tätigen Psychotherapeuten in das Leistungssystem der gesetzlichen Krankenversicherung zu erreichen? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD) | Steht die Bundesregierung nach wie vor zu den Verkehrsprojekten, die sie als Teil der Transeuropäischen Netze angemeldet hat und die von der EU ins Programm TEN aufgenommen wurden und die sich bereits in der Bauphase befinden? |
|---|--|

17. Abgeordneter
Wieland
Sorge
(SPD)
- Ist die Rücknahme solcher Projekte aus neuen verkehrspolitischen Überlegungen heraus überhaupt möglich, und wenn ja, welches Verfahren ist dafür erforderlich?
18. Abgeordneter
Konrad
Kunick
(SPD)
- Welche Dringlichkeit und Verbindlichkeit hat die Verwirklichung der 14 vorrangigen Projekte der Transeuropäischen Verkehrsnetze für die Bundesregierung im Vergleich zu anderen Verkehrsplanungen?
19. Abgeordneter
Konrad
Kunick
(SPD)
- Welche Ausbau- und Leistungsqualität hält die Bundesregierung für den Hochgeschwindigkeitszug, Kombinierte Verkehr Nord-Süd (Berlin — München — Verona, Projekt Nr. 1 des Europäischen Rates vom 9./19. Dezember 1994 in Essen, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 228/103 vom 9. September 1996) für erforderlich?
20. Abgeordnete
Karin
Rehbock-Zureich
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, Straßenbaumaßnahmen dadurch zu beschleunigen, indem bestimmte an die Baumaßnahmen gekoppelte Standards, wie z. B. im Bereich der Grundrißplanungen, bei Anschlußstellenanlagen, Überdeckelungen etc., so gestaltet werden, daß Kosten eingespart werden, ohne jedoch das Bauvorhaben an sich zu gefährden?
21. Abgeordneter
Horst
Kubatschka
(SPD)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß auf der bayerischen Donau 1996 10% weniger Güter transportiert worden sind als 1995, und teilt sie die Ansicht der Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) Süd, daß dieser Rückgang der Transportzahlen neben der sechswöchigen Eisperre auf dem Main-Donau-Kanal auf das Ende des Krieges in Ex-Jugoslawien zurückzuführen ist?
22. Abgeordneter
Horst
Kubatschka
(SPD)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß die Linzer Schwerindustrie, die während des Krieges über den Main-Donau-Kanal verstärkt Rohstoffe im Hafen Rotterdam orderte, sich wieder vermehrt der über die Donau erreichbaren Schwarzmeerehäfen bedient und daß auch die ungarischen Reedereien diese wieder intensiver für den Export von Getreide und Ölstaaten nutzen?

23. Abgeordnete
Gila
Altmann
(Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das bei Gandersum geplante Ems-Sperrwerk nach dem Bundeswasserstraßengesetz planfestzustellen, und wenn nicht, warum nicht?
24. Abgeordnete
Gila
Altmann
(Aurich)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen zieht die Bundesregierung in Erwägung, um die durchgängige Befahrbarkeit der Bundeswasserstraße Ems zu gewährleisten, wenn die derzeitige, unter Beteiligung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes entstandene Planung des Ems-Sperrwerkes keine Schleuse für Binnen- und Küstenmotorschiffe vorsieht?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordneter
Roland
Kohn
(F.D.P.)
- Welchen finanziellen Beitrag leistet der deutsche Steuerzahler für den Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina bis zum Jahre 2000?
26. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU)
- Wann hat die Bundesregierung von den russischen Rehabilitations-Erlassen, die einen weitreichenden Wiedergutmachungswillen stalinistischen Unrechts zum Ausdruck bringen, erstmals Kenntnis erlangt?
27. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der Aussage des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel vom 9. Februar 1997 im tschechischen Rundfunk unter Bezugnahme auf die in der deutsch-tschechischen Erklärung erwähnte Vertreibung zu, wonach „die demokratische Repräsentanz des demokratischen Deutschlands, das heißt der Bundestag – das Parlament, mit erdrückender Mehrheit eine Deklaration angenommen (hat), die diesen Abs Schub nicht als Unrecht bezeichnet, die nur die Exzesse, die sog. Übergriffe, verurteilt, zu denen es während dieses Abschubs gekommen ist“?
28. Abgeordneter
Gernot
Erl er
(SPD)
- Welche Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung bisher aus dem „Gutachten über die Koordination und Rationalisierung der Aktivitäten des Bundes im Bereich der Ostforschung“ des Bun-

desrechnungshofes vom August 1996 gezogen, und wie sieht der Zeitplan zur Umsetzung dieser Schlußfolgerungen aus?

29. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Warum ist der Deutsche Bundestag bisher weder über das Gutachten noch über die Pläne der Bundesregierung zur Neuordnung der politikberatenden Ostforschung informiert, geschweige denn in die Planungen einbezogen worden, obwohl der Deutsche Bundestag, wie aus dem genannten Gutachten hervorgeht, neben den Bundesministerien zu den Nutznießern der politikberatenden Ostforschung gehört, und in welcher Weise soll der Deutsche Bundestag an dem Entscheidungsprozeß über die Neuordnung beteiligt werden?

30. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Mit welchem Auftrag und mit welchem Ergebnis auf deutscher Seite wurde zwischen Bundesregierung, Duma und Föderationsrat der Russischen Föderation über die Rückführung des in der Russischen Föderation befindlichen sog. „Beutekulturguts“ verhandelt?

31. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)

Wie verliefen die Verhandlungen u. a. im Hinblick auf den Teilnehmerkreis, den Zeitraum der Verhandlungen sowie die Zahl der Verhandlungsrunden, und welche Instrumentarien hat die Bundesregierung im Verlauf dieser Verhandlungen eingesetzt, um angesichts der zunehmend ablehnenden Haltung sowohl des russischen Parlaments als auch der russischen Bevölkerung hinsichtlich einer Rückführung des sog. „Beutekulturguts“ die Akzeptanz für den Rechtsstandpunkt der Bundesrepublik Deutschland zu erhöhen?

32. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Lebenslauf des Honorarkonsuls von Malaga Hans Hoffmann (alias Albert Fuldner laut FAZ 4. April 1997) und/oder Albert Fuldner, insbesondere hinsichtlich ihrer Funktionen (Gestapo-Agent laut spanischem Geheimdienst [El Pais 1. April 1997], Dolmetscher der Blauen Division [FAZ 4. April 1997], diplomatischer Dienst für das Dritte Reich in Spanien [FAZ 4. April 1997]) zwischen 1933 und 1945 sowie 1945 bis heute, und inwiefern ist das „Lebenswerk dieses Mannes exemplarisch für viele Auslandsdeutsche“ (Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl laut Bild vom 6. September 1996)?

33. Abgeordneter
**Volker
Beck
(Köln)**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie in den spanischen Medien (z. B. in der Zeitung El Pais) und in der spanischen Öffentlichkeit die Debatte geführt wird, und welche Rolle spielt der Honorkonsul bei der Aufenthaltsortswahl und dem Auslieferungersuchen des rechtskräftig verurteilten ehemaligen Generalmajors Ernst Otto Remer, der sich in Marbella aufhalten soll und Kontakte zu anderen gesuchten Kriegsverbrechern unterhalten soll (dpa 29. Juni 1996)?

Bonn, den 11. April 1997

